

Bedenken offengelegt: Dialogreihe mit Politikern und Bürgern zu Energiewende in Gera

Etwa 100 Interessierte kommen beim Auftakt zum „Landtag im Dialog“ ins Gespräch mit Abgeordneten aller Fraktionen. Die ihre bekannten Positionen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien bestätigen. Und nebenher erfahren, dass die Realität vor Ort nicht ganz den Behauptungen der Politik entspricht.



Landtag im

Dialog zur Energiewende in der IHK zu Ostthüringen in Gera Foto: Martin Hauswald

Gera. Tschernobyl, Fukushima, Atomausstieg. Kohlestrom, Landschaftsfraß, Klimawandel. Aus der Höhe der globalen Zusammenhänge flutscht die Energiewende so flüssig und logisch daher, dass sie unantastbar scheint. Doch unten, in den Niederungen der Ostthüringer Realität, greift sie in das Leben der Menschen ein. Und auch bei jenen, die eigentlich für den Wandel sind. Zum Beispiel bei Sabine Nagler. Die 54-Jährige, lange Bürgermeisterin von Rüdersdorf bei Gera, hat beim Auftakt zur neuen Reihe „Landtag im Dialog“ am Dienstagabend geduldig zugehört. Die mehr oder minder pathetischen Einlassungen der Landtagsabgeordneten ertragen, wonach Politik die Welt für die Kinder erhalten müsse, Atomkraft noch nach ihrem Abstellen als Endlager-Gespens durch die Gegend ziehe, Nachbarländer für die Stromversorgung auch Thüringens ihre Landschaft wegbaggern.

Problem steht im Hier und Jetzt

Naglers Problem aber steht nicht in der Zukunft oder in Sachsen-Anhalt. Sondern im Hier und Jetzt. „Vor ein paar Jahren wurde uns gesagt, wie toll das mit der Photovoltaik ist, wegen dem Klimawandel, aber auch für die Gemeinden.“ Nagler, Beamtin in der Umweltbehörde des Saale-Holzland-Kreises, ließ sich überzeugen, warb selbst für den Strom aus Sonnenlicht. Die Gemeinde befürwortete Solar-Paneele auf den Dächern der Agrargenossenschaft, an den Lärmschutzwällen der Autobahn, schließlich sogar einen 20 Hektar messenden Solarpark.

Windräder zwischen FFH-Gebiet & Autobahn

Zum Ausgleich verwandelte sich der frühere Truppenübungsplatz in ein FFH-Gebiet. „Wir haben die Energiewende vorbildlich mitgestaltet“, sagt Nagler. Doch nun sollen genau zwischen Autobahn und FFH-Areal zehn Windräder errichtet werden dürfen. „Das können wir nicht nachvollziehen“, ruft Nagler, die nun die Kraftsdorfer Bürgerinitiative gegen Windkraft anführt, „für unser Engagement für die Energiewende werden wir jetzt auch noch bestraft.“ Eleonore Mühlbauer kann den Frust nachvollziehen. „Wir müssen weg von der Gießkannenmentalität und hinein in die Verantwortung der Kommunen“, erklärt die SPD-Abgeordnete. Dabei müsse die Bedarfsplanung den gesamten Mix der Erneuerbaren Energien abbilden, auch den der bereits vorhandenen Anlagen. „Sie dürfen nicht nur schimpfen“, schließt sich Roberto Kobelt an. Es sei besser, die Bedenken direkt bei den Regionalen Planungsgemeinschaften einzubringen, die im Falle Ostthüringens ihre Entwürfe zu Windvorranggebieten demnächst öffentlich auslegen, mahnt der bündnisgrüne Landtagsabgeordnete aus Weimar.

Er rät, in den Gemeinden Flächenpools zu bilden, damit Windkraft nicht nur einzelnen zugute komme und von sensiblen Punkten ferngehalten werden könne. Und man könne auch im Gespräch mit den Anlagenbetreibern versuchen, zu größeren Abständen zwischen Windrädern und Wohnhäusern als gesetzlich vorgeschrieben zu kommen. Nicht zum ersten Mal macht sich im Saal sarkastisches Lachen breit. Denn die Erfahrung etlicher Gäste ist eine andere. Günter Hercher aus Großkochberg berichtet, dort hätten die Bürgermeister aus den Städten die Entscheidung getroffen – für ein erweitertes Windvorranggebiet neben seinem Ort. „Das ist unsere Haustürstufe“, ruft Hercher, „aber unser Bürgermeister und unsere Bürger sind nicht in der Planung drin.“ Ähnlich sehen es Schkölens Bürgermeister Matthias Darnstädt und Martin Jacob aus Weira. Letzterer ertotet zustimmenden Applaus, als er donnert: „Wenn ich höre, die Entscheidungen finden vor Ort statt, dann muss ich sagen, eine größere Lüge habe ich in meinem Leben noch nicht gehört.“

Die Skepsis ist greifbar, selbst bei scheinbaren Details. Wie etwa der Frage, die Uwe Fischer aus Jena per Mail vorab eingereicht hat: Was haben eigentlich die Gemeinden selbst von Windkraftanlagen? Steffen Harzer, Ex-Bürgermeister von Hildburghausen und ein zuweilen etwas dröhnender Windkraft-Verfechter der Linke-Fraktion, nimmt den Faden auf. Richtig sei, dass etwa 80 Prozent der Anlagenbetreiber außerhalb Thüringens ihren Sitz hätten. Ein Teil der anfallenden Gewerbesteuer komme aber per Umlage den Kommunen zu, wo die Windräder stehen. Die Landesregierung habe zudem das Siegel „Faire Windkraft“ entwickelt, das solche Betreiber erhalten, die Gemeinden und Bürger vor Ort an Planung und Erträgen beteiligen. Die ersten 14 Siegel wurden kürzlich vergeben. Nicht zuletzt schau man nach Mecklenburg-Vorpommern, wo die Bürgerbeteiligung in der vorigen Woche sogar per Gesetz fixiert wurde. Matthias Darnstädt's Erfahrung trübt Harzers Schilderung allerdings ein: Erst nach zehn Jahren habe Schkölen überhaupt mal Gewerbesteuern aus einer großen Anlage erhalten – die zudem ein Jahr darauf wegen Verlusten der Betreiber zurückgefordert wurden.

Mehrkosten verteuern den Strompreis weiter

Zudem würden die Einnahmen gegen die Schlüsselzuweisungen des Landes gerechnet. „Unterm Strich haben wir gar nichts von den Dingen“, bekräftigt der Bürgermeister.

Wie schlüssig aber sind die Ausbauziele der rot-rot-grünen Koalition an sich?

Etwa die Vorgabe, bis 2040 in Thüringen den Strombedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien abzudecken, aus der sich wesentlich die Pläne für mehr Windkraft speisen? Kay Kister von der Bürgerinitiative „Zukunft HeideLand“ hält dagegen, dass selbst die Bundesregierung lediglich 80 Prozent Abdeckung durch Erneuerbare bis zu diesem Zeitpunkt als Ziel gesetzt habe. Jedes weitere Prozent mehr werde nach Berechnungen eines renommierten Instituts bis zu zwölf Milliarden Euro pro Jahr Mehrkosten verursachen, die letztlich den Strompreis weiter verteuern.

Elektrischer Strom mache lediglich rund 30 Prozent der in Thüringen verbrauchten Energie aus, relativiert der Bündnisgrüne Kobelt; für Bereiche wie Verkehr oder Wärmeversorgung könne Wind kaum einen Beitrag liefern. Stefan Gruhner hingegen, CDU-Abgeordneter aus dem Saale-Orla-Kreis, hält die Ausbauziele für deutlich überzogen. „Es macht keinen Sinn, Thüringen zum Stromexporteur zu entwickeln, wenn die anderen Bundesländer ebenfalls mehr erzeugen als sie verbrauchen.“ Allein 25 Millionen Euro müssten im Freistaat in die unteren Netzebenen investiert werden, hielte Rot-Rot-Grün an seinen Plänen fest. „Es ist doch klar, dass das die Netzentgelte weiter erhöht“, so Gruhner.

Zu Atomkraft „ganz entspanntes Verhältnis“

Der freilich trotzdem die „Pippi-Langstrumpf-Politik“ der AfD attackiert. Die nämlich tue so, als gäbe es weder Treibhauseffekt noch Strahlungsrisiken als Treiber der Energiewende.

Stefan Möller, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, hatte zuvor erklärt, seine Partei wolle eine Wende der Energiewende – und zwar „um 180 Grad“. Die Erzeugung aus Biomasse sei „erledigt“, weil viel zu teuer. Desgleichen Windkraft und Sonnenstrom, alles subventionierte Geldfresser.

Gas hingegen sei billig und noch für Jahrhunderte vorrätig. Und zur Atomkraft, speziell aus deutschen Kraftwerken, habe er persönlich „ein ganz entspanntes Verhältnis“.